

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

12. - 18. September 2026

Präsident Emmanuel Macron hat die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien bzw. deren Präsidentschaftskandidaten für den 18. September zu einem Gespräch im Élysée-Palast eingeladen. Thema sind die „rasche Verschlechterung der internationalen Lage“ sowie deren Folgen für Frankreichs Sicherheit und Energieversorgung. An dem Treffen sollen auch Premierminister Sébastien Lecornu, Vertreter des Militärs und der Nachrichtendienste sowie der Generaldirektor für Energie teilnehmen. Sie sollen den Parteivertretern Informationen zur internationalen Sicherheitslage, zur militärischen Lage und zur Energieversorgung vorlegen. Macron will damit nach Angaben des Élysée den künftigen Präsidentschaftsbewerbern Zugang zu Informationen verschaffen, über die derzeit nur die Regierung verfügt, damit diese in der Wahlkampagne sachkundiger über Sicherheits- und Energiefragen diskutieren können. Zugleich will er über das eigene Krisenmanagement berichten.

Die französische Regierung muss ihre Haushaltsziele für 2026 nach unten korrigieren: Das Defizit dürfte in diesem Jahr auf 5,4 % des BIP steigen und damit deutlich über dem ursprünglich angestrebten Wert von 5 % liegen. Für 2027 setzt Premierminister Lecornu erneut ein Defizitziel von 5 %, verschiebt die Konsolidierung damit jedoch um ein Jahr. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nach Angaben des Finanzministeriums 54 Milliarden Euro aufgebracht werden. Rund 40 Milliarden Euro davon sollen die erwartete Ausgabendynamik auffangen, während etwa 15 Milliarden Euro auf tatsächliche Einsparungen gegenüber dem Vorjahr entfallen sollen. Gleichzeitig steigen u.a. die Kosten für den Schuldendienst, Renten, Gesundheitsversorgung und Verteidigung. Auf der Einnahmenseite setzt die Regierung dagegen weitgehend auf Stabilität; die Sonderabgabe für große Unternehmen soll sogar reduziert werden. Die Verabschiedung des Haushalts gilt angesichts der fehlenden parlamentarischen Mehrheit als politisch schwierig. Ökonomen bezweifeln zudem, dass das Defizitziel von 5 % 2027 erreicht werden kann. Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass Frankreich sein bisheriges Ziel, das Defizit bis 2029 wieder unter die EU-Marke von 3 % des BIP zu senken, nicht mehr einhalten dürfte.

Frankreich verlängert gezielte Sprithilfen: Premierminister Sébastien Lecornu verlängert die staatlichen Hilfen für besonders betroffene Branchen bis zum 31. Dezember 2026. Für Fischer wird die Unterstützung von 25 auf 35 Cent pro Liter erhöht, während Bauunternehmen weiterhin 20 Cent und Landwirte 15 Cent pro Liter erhalten. Hintergrund sind stark gestiegene Kraftstoffpreise und Versorgungsprobleme infolge der Krise im Nahen Osten und der Einschränkungen im Verkehr durch die Straße von Hormus. Präsident Emmanuel Macron hat die Regierung deshalb zu einer verstärkten Sicherung der Energieversorgung und zur Begrenzung der Preise aufgefordert. Die Regierung schließt weitere Maßnahmen nicht aus.

Finnland schließt sich der französischen Initiative zur Stärkung der nuklearen Abschreckung in Europa an und wird damit der zehnte Partnerstaat. Ziel ist eine engere strategische Zusammenarbeit, etwa durch gemeinsame Übungen und eine stärkere Einbindung Frankreichs in die europäische Verteidigungsplanung. Die Kontrolle über die französischen Atomwaffen bleibt jedoch vollständig bei Frankreich; ein Mitspracherecht der Partner beim Einsatz ist nicht vorgesehen. Finnland betont zudem, dass der wichtigste nukleare Schutzschirm weiterhin die NATO und insbesondere die USA bleibt. Die Initiative gewinnt vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine und der wachsenden sicherheitspolitischen Bedeutung Nordeuropas an Gewicht. Sie soll Europas Verteidigungsfähigkeit ergänzen und diversifizieren, ohne die NATO-Strukturen zu ersetzen.

Bei der Vorwahl des sozialistischen Lagers für die französische Präsidentschaftswahl 2027 treten fünf Kandidaten an: Olivier Faure, Jérôme Guedj, Ségolène Royal, Raphaël Glucksmann und Emmanuel Maurel. Der erste Wahlgang findet am 9. und 10. Oktober statt, die Stichwahl am 16. und 17. Oktober. Alle Kandidaten haben zugesagt, den Sieger anschließend zu unterstützen. Eine zentrale Frage ist das Verhältnis zu La France insoumise (LFI). Glucksmann und Guedj lehnen eine Zusammenarbeit ab, während Faure sie nicht grundsätzlich ausschließt. Die Vorwahl wird damit nicht nur über den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten entscheiden, sondern auch über die künftige politische Ausrichtung und Bündnispolitik der französischen Linken.

Die drei wichtigsten Kandidaten aus dem bürgerlichen und Mitte-Rechts-Lager – Édouard Philippe (Horizons), Gabriel Attal (Renaissance) und Bruno Retailleau (LR) – konkurrieren zunehmend um die politische Vorherrschaft innerhalb dieses Lagers. Aufmerksamkeit sorgte zuletzt insbesondere eine Äußerung Philippes, der die Möglichkeit ins Spiel brachte, dass ein neu gewählter Präsident sein Amt erst einige Monate nach der Wahl antreten könnte. Der Vorschlag stieß auf Kritik, auch beim RN, das Philippe daraufhin als „Édouard, den Faulpelz“ verspottete. Attal betonte dagegen, Frankreich habe „keine Minute zu verlieren“, während Retailleau erklärte, er sei „kein Zentrist“ und sich bewusst von der politischen Mitte abgrenzte. Damit stellt sich zunehmend die Frage, ob sich die unterschiedlichen Strömungen von Mitte und rechter Mitte auf einen gemeinsamen politischen Kurs verständigen können. Umfragen deuten darauf hin, dass eine anhaltende Konkurrenz innerhalb dieses Lagers die Ausgangslage für einen möglichen Machtkampf zwischen Marine Le Pen (RN) und Jean-Luc Mélenchon (LFI) beeinflussen könnte.

**Eric Zemmour, Vorsitzender der rechtspopulistischen Partei Reconquête, hat am 17. September 2026, bestätigt, dass er bei der anstehenden Präsidentschaftswahl antreten wird.** Während eines langen Fernsehinterviews präsentierte der 68-jährige ehemalige Journalist die zentralen Punkte seines politischen Programms. Zemmour, der für das Konzept der „Remigration“ eintritt, schlägt vor, dass Arbeitslose mit ausländischer Staatsbürgerschaft, selbst mit legalem Aufenthaltsstatus, die Frankreich verlassen müssen, falls sie länger als ein Jahr ohne Arbeit sind. Bei der Präsidentschaftswahl 2022 hatte Zemmour mit 7,07 % der Stimmen den 4. Platz im ersten Wahlgang belegt.

**Der Pariser Bürgermeister Emmanuel Grégoire forderte vor einem Senatsausschuss Reformen zum besseren Schutz von Kindern vor Gewalt in der außerschulischen Betreuung.** Er räumte institutionelle Versäumnisse ein; seit Jahresbeginn wurden 195 Betreuer suspendiert, darunter 74 wegen des Verdachts auf sexuelle Gewalt. Grégoire schlägt u.a. eine nationale Meldedatei, eine engere Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und erleichterte Verwaltungssuspendierungen vor.

**Die USA haben die Akkreditierung des neuen französischen Botschafters in Washington, Aurélien Lechevallier, mehrere Wochen blockiert.** Hintergrund war ein ungewöhnlich scharf formulierter Beitrag der französischen UN-Vertretung in Genf, die im Juli die USA wegen ihrer Haltung zu einer Abstimmung über den UN-Menschenrechtskommissar kritisiert hatte. Um die Blockade zu lösen, veröffentlichte die französische Vertretung am 11. September eine Erklärung, in der sie den Beitrag „bedauert“ und die Bedeutung der historischen französisch-amerikanischen Partnerschaft betont. Washington akzeptierte die Erklärung und erteilte anschließend die Zustimmung für Lechevallier.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der französische Bildungsminister **Édouard Geffray** hat am 17. September 2026 eine neue Regelung für Schulen angekündigt. Erstmals wird Präsidentschaftskandidaten ausdrücklich untersagt, während der Unterrichtszeit in Schulen Wahlkampf zu machen oder politische Veranstaltungen abzuhalten. Geffray begründet die Maßnahme mit dem Grundsatz der politischen Neutralität des öffentlichen Bildungswesens: Schülerinnen und Schüler sollen nicht im Unterricht mit Wahlkampfauftritten von Kandidaten konfrontiert werden. Treffen mit freiwilligen Lehrkräften und anderen Beschäftigten bleiben außerhalb des Unterrichts möglich. Das Rundschreiben erinnert zudem das gesamte Bildungspersonal an seine Neutralitätspflicht, die berufliche Verschwiegenheit und das Verbot, dienstlich erlangte, nicht öffentliche Informationen oder staatliche Ressourcen für Wahlkampfszwecke zu verwenden.

## DIE ZAHL DER WOCHE

**1,5 Milliarden Euro**

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| 3 | 8 | 4 | 7 |
| 0 | 2 | 6 | 5 |
| 5 | 3 | 1 | 2 |
| 7 | 4 | 9 | 6 |
| 9 | 8 | 2 | 0 |
| 1 | 6 | 5 | 3 |

Die französische Regierung will im Haushalt 2027 rund **1,5 Milliarden Euro** zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt bereitstellen – ebenso viel wie 2026. Premierminister Sébastien Lecornu kündigte zudem 2,6 Milliarden Euro für den Kinderschutz sowie zusätzliche Mittel für die Justiz und digitale Investitionen an. Frauenrechts- und Opferschutzorganisationen halten aber die vorgesehenen Mittel für unzureichend, um das geplante umfassende Gesetz gegen geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt vollständig umzusetzen. Nach ihrer Einschätzung wären dafür mindestens drei Milliarden Euro jährlich erforderlich. Der Gesetzentwurf soll die gesamte Kette der Gewaltprävention und -bekämpfung abdecken. Das Gesetz soll ab dem 1. Oktober im französischen Parlament beraten werden.